

67. Sitzung des Niedersächsischen Landtags
18. März 2010

Frage von Kreszentia Flauger MdL zum Thema:

Uneingeschränkte Sammlung privater Daten durch Wirtschaftsunternehmen?

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Vor dem Hintergrund des eben schon angesprochenen Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung, das erneut den Datenschutz und die Bürgerrechte gegen unzulässige staatliche Übergriffe gestärkt hat, vor dem Hintergrund, dass die Landesregierung sicher auch als gutes Beispiel für die Wirtschaft dastehen möchte, und vor dem Hintergrund, dass sie sicherlich eine Position dazu hat, auch wenn manches in Bundeszuständigkeit fällt, frage ich die Landesregierung, ob sie sich für ein Moratorium aller weiteren elektronischen Großprojekte ausspricht und einsetzt. Dazu gehören z. B. national ELENA, die elektronische Gesundheitskarte sowie der elektronische Personalausweis und international das SWIFT-Abkommen sowie der Austausch der Passagierdaten innerhalb der EU und mit den USA. Sprechen Sie sich dagegen aus, damit auf Basis dieses Urteils eine sorgfältige Prüfung stattfinden kann, ob alle diese Großprojekte auch den qualitativen Anforderungen des Tenors des Urteils des Bundesverfassungsgerichts entsprechen!

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Minister Schünemann, Sie haben das Wort.

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich nehme den Appell zur Kenntnis. Auf die Frage antworte ich aber mit Nein.